

PFLEGE | Ottweiler rückte Mitte Oktober in die internationale Öffentlichkeit

Erster Streik von Pflegekräften eines katholischen Krankenhauses

So etwas gab es deutschlandweit noch nie: Am 11. Oktober traten Pflegekräfte eines katholischen Krankenhauses in den Warnstreik. 20 der 300 Beschäftigten (allesamt Pflegekräfte) der Marienhausklinik Ottweiler legten die Arbeit an diesem Tag komplett nieder. Aus Sicht der Beschäftigten ging es bei dem Streik in Ottweiler vor allem um die zu enge Personalsituation im Pflegebereich. Die Trägergesellschaft hatte zuvor alle Verhandlungen zu dem Thema für beendet erklärt. In einem Brief der ver.di-Betriebsgruppe an ihre Kolleginnen und Kollegen in Ottweiler hieß es: „Die Arbeitsbelastung im Klinikalltag ist nicht länger hinnehmbar. Seit Anfang des Jahres haben wir deutlich vernehmbar das ausgesprochen, was sowieso alle wissen: Wir brauchen mehr Personal. Wir haben demonstriert, eine aktive Mittagspause gemacht, Briefe an den Bischof geschrieben und vieles mehr. Verändert hat sich bisher nichts. Der Arbeitsalltag und die im Leitbild festgehaltenen Werte stehen im offenen Widerspruch.“

Die Marienhaus-Gesellschaft hatte vor dem Warnstreik per Brief an die Belegschaft ihre gegensätzliche Haltung bekräftigt, nämlich, dass Streiks wie der bevorstehende „unzulässig“ seien und Teilnehmer mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen“. Die arbeitsrechtlichen Maßnahmen blieben allerdings aus. „Das Streikrecht ist im Grundgesetz verankert. Und das gilt auch für katholische Einrichtungen“, sagte dazu ver.di-Gewerkschaftssekretär Michael Quetting.

Der Demonstration in Ottweiler schlossen sich knapp 500 Mitstreiter an: Bürger aus der Umgebung, verschiedene Verbände wie die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Gewerkschaften, Parteien und Landtagsabgeordnete. Für ihr Engagement und ihren Mut bekamen die Beschäftigten der Marienhausklinik in Ottweiler Solidaritätsbekundungen aus Deutschland (unter anderem vom Marburger Bund) und aus ganz Europa.

Die Gewerkschaft ver.di hatte zuvor die Klinikbeschäftigten in mehreren

Bundesländern zu einem zweitägigen Streik aufgerufen. Sie wollte damit den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, einen „Tarifvertrag Entlastung“ abzuschließen, teilte ver.di zu Beginn des Ausstandes mit. Hintergrund seien die für die Pflegekräfte sehr belastenden Arbeitsbedingungen, die mit der akuten Personalnot einhergingen. Die Kliniken verwiesen darauf, dass es immer schwieriger werde, genug Fachkräfte zu finden. „Die Arbeitgeber sind in der Verantwortung, die Arbeit so zu organisieren, dass die Beschäftigten nicht krank werden“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Es sei bitter, „dass ein Streik nötig ist, damit im Krankenhaus das passiert, was in anderen Branchen eine Selbstverständlichkeit ist“.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske forderte die Politik auf, zu handeln und ein Personalbemessungsgesetz auf den Weg bringen. Alle Parteien hätten vor der Wahl versprochen, dass sie das Thema Pflege anpacken wollen. „Wir brauchen gesetzliche Lösungen gegen den Personalmangel. Sonst droht ein Kollaps in der Pflege“, sagte Bsirske. Bundesweit

fehlen nach einer ver.di-Erhebung 162.000 Stellen in Krankenhäusern, allein 70.000 Stellen für Pflegefachkräfte. „Zur Linderung der schlimmsten Not brauchen wir sehr bald ein Sofortprogramm, damit keine Pflegekraft mehr alleine auf einer Station Dienst machen muss, vor allem nachts nicht“, sagte Bsirske. Außerdem müsse ausreichend Zeit für die Ausbildung eingeplant werden.

Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, äußerte Verständnis für die Streikenden. „Der derzeitige Pflegenotstand macht Pflegekräfte krank und hat eine unzumutbare Belastung für die zu pflegenden Menschen und ihre Angehörigen zur Folge“, sagte die Politikerin. Ihre Partei wolle deshalb 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern einsetzen. Zudem unterstütze die Linke die Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung anstatt eines ökonomischen Wettbewerbs zwischen Krankenhäusern: „Zu dem Zweck soll der Bund die Länder mit 2,5 Milliarden Euro jährlich unterstützen.“

EB/epd

20 Pflegekräfte des katholischen Marienkrankenhauses in Ottweiler und rund 500 Sympathisanten traten im Oktober in den Streik für mehr Personal im Pflegebereich.



Fotos: Pasquale D'Angiolillo